



Lohnnebenkosten auf Rekordhöhe

**von Staatssekretär a.D.
Friedhelm Ost**

Viele Jahre hindurch sollten die Lohnnebenkosten auf keinen Fall über 40 Prozent steigen. Die Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung müssen in der Regel je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt werden. Wenn diese Soziallasten nun wieder über die 40-Prozent-Marke klettern, macht das den Faktor Arbeit teurer und zugleich bleibt vom Bruttolohn und -gehalt netto weniger. Insgesamt werden jährlich rund 700 Mrd. Euro in die Sozialkassen eingezahlt.

Teure Gesundheit

Die Kosten im Gesundheitswesen sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Bislang beträgt der durchschnittliche Beitrag zur gesetzlichen Krankenkasse 14,6 Prozent. Der von den Kassen festzulegende Zusatzbeitrag macht im Schnitt weitere 1,6 Prozent aus, sodass sich unter dem Strich eine Abgabe von

über 16 Prozent ergibt. Gesundheitsminister Karl Lauterbach hat es bislang noch offengelassen, ob der Regel- oder Zusatzbeitrag angehoben wird. Doch



Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

wird er in der Regel 16,6 Prozent ausmachen, die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vom nächsten Jahr an zu zahlen sein werden.

Explodierende Pflegekosten

Die bereits per Juli 2023 beschlossene Steigerung des Beitrags zur Pflegeversicherung mindert das Brutto-Einkommen und erhöht die Lohn- und Gehaltskosten. Der Normalbeitrag für Versicherte mit einem Kind steigt von 3,05 auf 3,4 Prozent. Wer keine Kinder hat, muss einen Sonderzuschlag in Höhe von 0,6 (bisher 0,35) Prozent tragen; insgesamt werden für ihn in Zukunft 4 Prozent fällig. Für Arbeitnehmer mit mehreren Kindern gelten jedoch neue Rabatte.

Nur geringe Anhebung der AL-Versicherung

Seit Anfang 2023 war der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 2,4 auf 2,6 Prozent angehoben worden. Die außerordentlich hohen Ausgaben in der Zeit der Corona-Pandemie hatten die Reserven nahezu vollständig aufgezehrt. Der hohe Stand mit so vielen sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern